DIE LINKE. / GEMEINSAM GEGEN SOZIALRAUB
DIE LINKE.KÖLN
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

Die Linke.Köln-Fraktion · Postfach 103564 · 50475 Köln

An den
Vorsitzenden des
Stadtentwicklungsausschusses
Herrn Karl-Jürgen Klipper

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Haus Neuerburg
Gülichplatz 1-3 · 50667 Köln
Postanschrift:
Postfach 103564 · 50475 Köln
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841
e-mail: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de
Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 03.06.2009

AN/0991/2009

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Stadtentwicklungsausschuss	08.06.2009

Rheinboulevard

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
wir bitten Sie die folgende Anfrage auf die Tagesordnung des nächsten Stadtentwicklungsausschusses zu setzen.

In der Dringlichkeitsvorlage Ds.-Nr 1765/2009 wird dargelegt, dass die Kosten für die Herstellung des Rheinboulevards sich nochmals deutlich erhöhen werden.

Als ein Grund für die neueste Kostensteigerung wird die Herstellung der Barrierefreiheit angeführt. Schon die letzte Kostensteigerung wurde jedoch mit der Herstellung der Barrierefreiheit begründet. Alle in der jetzt vorliegenden Planung vorgesehenen Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit waren bereits in den Plänen enthalten, die der letzten Beschlussvorlage zugrunde lagen. Mittlerweile ist sogar eine kostenträchtige Maßnahme – die Rampe vom Gehweg vor dem „Lufthansahochhaus“ hinunter zum Rheinboulevard – in einen 2. Bauabschnitt verschoben worden. Es wäre also zu erwarten, dass es zu einer Kosteneinsparung gekommen ist.

Die Mehrkosten werden wesentlich durch die erforderlichen Gründungsarbeiten nach dem Eingriff in die vorhandene Uferbefestigung begründet. Auch der 3. Preis im damaligen Wettbewerb für den Rheinboulevard sah eine attraktive Gestaltung des Deutzer Rheinuferes zwischen Deutzer Brücke und Hohenzollernbrücke vor, griff hierzu aber weitaus geringer in die vorhandene Uferbefestigung ein.

Hierzu stellt die Fraktion DIE LINKE. Köln folgende Fragen mit der Bitte um Beantwortung:

1. Aufgrund welcher Annahmen unterstellte die Stadtverwaltung, dass die Kosten des Hochwasserschutzes vom Land übernommen werden würden und aus welchen Gründen müssen die Kosten nun doch vollständig von der Stadt Köln getragen werden?
2. Wieso werden die selben Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit ein zweites Mal als Begründung einer Kostensteigerung angeführt?
3. Der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz fordert die Erhaltung der bestehenden Gartenanlage am Rheinufer. (Vgl. Kölner Stadt-Anzeiger vom 02.06.2009: Ein umstrittenes Juwel) Welche Kosten könnten eingespart werden, wenn auf den Abbruch des vorhandenen historischen Bahndamms verzichtet werden würde?
4. Wäre es grundsätzlich möglich, die Umsetzung des derzeit verfolgten Konzeptes einzustellen und statt dessen eine kostengünstigere alternative Planung umzusetzen?
5. Welche Kosten würde eine Verwirklichung des 3. Preises verursachen und welche zeitliche Verzögerung müsste bei der Änderung der Planungsgrundlage in Kauf genommen werden?

gez.
Jörg Detjen
Fraktionsvorsitzender